

Die Oberbürgermeisterin

Herrn Fraktionsvorsitzenden
Klaus-Peter Möller
CDU-Fraktion

über das Büro der
Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Dietlind Grabe-Bolz
Zimmer-Nr.: 02-009
Telefon: 0641 306-1001
Telefax: 0641 306-2001
E-Mail: dietlind.grabe-bolz@giessen.de

Datum: 02.08.2011

Dringlichkeitsantrag betreffend Schließung Kaufhof STV/0193/2011

Sehr geehrter Herr Möller,

wie in der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.2011 mündlich zugesagt, erhalten Sie nochmals schriftliche Ausführungen zu Ihrem o. g. Dringlichkeitsantrag:

Vorbemerkung:

Die Entscheidung der Geschäftsführung der Galeria Kaufhof GmbH, die Gießener Filiale zur Mitte des Jahres 2012 zu schließen, stellt eine bittere Entscheidung der Konzernleitung sowohl für die betroffenen Beschäftigten als auch für die Stadt Gießen als Einkaufsstandort dar. Dies kann nicht ohne weiteres hingenommen werden und ich bin froh, dass die Stadtverordnetenversammlung sich auch hier offensiv bekannt hat.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.2011 habe ich eine schriftliche Beantwortung des Dringlichkeitsantrages STV/0193/2011 zugesagt. Ich erlaube mir, die schriftliche Beantwortung mit bisher erfolgten Maßnahmen zu ergänzen.

1. Wann und wie erfuhr der Magistrat von der Entscheidung, die Kaufhof-Filiale in Gießen zu schließen?

Der Magistrat erfuhr von der Entscheidung der Geschäftsführung durch die Presse am Samstag, den 11.06.2011. Gleichzeitig ging im Büro des Dez. I ein Fax ein, welches am Montag, den 13.06.2011 vorgefunden wurde.

2. Was unternahm der Magistrat im Vorfeld dieser Entscheidung und welche Aussagen wurden seitens des Unternehmens getroffen?

Der Magistrat hat häufig Gespräche mit Geschäftsleitung und Betriebsrat geführt. Von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrates der Gießener Filiale wurde die Baustellensituation des Öfteren bemängelt. Aus diesem Grund wurde in vielen internen Gesprächen auf ein vertragliches Baustellenmanagement hingewirkt. Ein besonderes Augenmerk wurde hier auf die Zuwegung in der vergangenen Adventszeit gelegt, um das Weihnachtsgeschäft so gering wie möglich zu beeinträchtigen. Dies ist auch so geschehen.

3. Welche Perspektiven sieht der Magistrat für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich vergleichbarer Arbeitsplätze in der Stadt?

Diese grundsätzliche Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Insgesamt ist zu sagen, dass der Magistrat sämtliche Bemühungen zum Erhalt der Gießener Filiale unterstützen wird. Zwar sind bereits Angebote der Weiterbeschäftigung in Frankfurter Filialen ausgesprochen worden, jedoch handelt es sich bei den Beschäftigten zu einem großen Teil um Teilzeitbeschäftigte und Alleinerziehende, die nicht ohne weiteres solche Angebote annehmen können.

Die Stadt Gießen hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Stadtplanungsamt, Stabstelle für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Gießen Marketing GmbH unter Leitung der Hessenagentur als Sanierungsträger und Treuhänder der Universitätsstadt Gießen gegründet. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, den Prozess der Nachfolgenutzung positiv zu begleiten und geeignete Lösungsansätze zur Sicherung einer Folgenutzung zu erarbeiten, um einen eventuell drohenden Leerstand abzuwenden.

4. Wie viele Arbeitsplätze gehen durch diese Entscheidung verloren (Teilzeit-/Vollzeit)?

Es sind rund 70 Arbeitsplätze und eine Vielzahl an Beschäftigten in den jeweiligen Servicestellen betroffen.

5. Was plant der Magistrat wann zu tun, nachdem diese Entscheidung bekannt wurde?

Der gesamte hauptamtliche Magistrat hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Aufgabe der Gießener Filiale an die Gießener Geschäftsleitung und den Betriebsrat gewandt. In dieser Konstellation wurde sodann auch ein Gespräch geführt. Die o.g. Arbeitsgruppe wird nun konzertiert vorgehen. Damit keine städtebaulich unverträgliche Situation eintritt, wird sie sinnvolle Nutzungen entwickeln und weiterhin den Kontakt zur Konzernleitung suchen, um zu eruieren, welche Möglichkeiten des Verbleibes bestehen. Der direkte Kontakt zur Konzernleitung konnte bisher nicht hergestellt werden.

Mittlerweile hat die Arbeitsgruppe drei Mal mit folgendem Beratungsgegenstand getagt:

- Die Tagungsfrequenz der AG wurde mit zwei Mal monatlich unter Bedarfserweiterung des Teilnehmerkreises vereinbart.
- Von Seiten des Magistrats ist ein Appell an die Konzernspitze zum Fortbestand der Galeria Kaufhof erfolgt („Bewährungsfrist“ nach Aufwertung des Standort-Umfeldes).
- Zurzeit wird eine Bestandsaufnahme des Standortes und der Liegenschaft erstellt (Checkliste Planungsrecht, Statistik, Objektbeschreibung, Stärken und Schwächen). Hieraus werden Zielfestlegungen für Zwischen- und Folgenutzungen entwickelt. Die Zusammenfassung ist Grundlage für Gespräche mit Eigentümern und Investoren.
- Für die AG-Sitzung am 26.07.2011 wurde Herr Wallenhorst / Metro Group Asset Management eingeladen um eventuell bei der Galeria Kaufhof oder der Metro Group bereits vorhandene Überlegungen und Nutzungsvorstellungen für die Liegenschaft auszuloten.
- Nach dem Gespräch mit Herrn Wallenhorst wird ein Ideen-Workshop zur Definition von Zielen und Entwicklungsansätzen geplant und durchgeführt.
- Beim HMWVL wird um Kostenunterstützung im Rahmen der Stadtsanierung geworben (strategische Allianz).

Abschließend möchte ich betonen, dass gegenseitige Schuldzuweisungen nicht tragen. Die Situation ist sicherlich durch eine Vielzahl an Gründen herbeigeführt worden und die betroffenen Beschäftigten nützt eine solche Diskussion nicht. Vielmehr gilt es jetzt, die notwendigen Schritte und Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen



Dietlind Grabe-Bolz
Oberbürgermeisterin

Verteiler:

Stadtverordnetenvorsteher
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE.Fraktion
FDP-Fraktion
FW-Fraktion
Piratenpartei

